

## Erinnerungsort „Innerdeutsche Grenze“

### Entstehung der Grenze 1952 und ihr Ausbau 1961/62 aus Regensburger Perspektive

Von Roman Smolorz

Die „Innerdeutsche Grenze“ und der „Eiserne Vorhang“ sind in Bayern an einem besonderen Ort gut greifbar, im Deutsch-Deutschen Museum Mödlareuth.<sup>1</sup> Das Dorf Mödlareuth war 37 Jahre durch eine Grenze geteilt. Sie war real, aber die Erinnerung an sie ist ein Konstrukt: Wie und ob diese Grenze als Erinnerungsort<sup>2</sup>, also nicht allein geographisch gedacht, sondern vielmehr als Topos begriffen und am Beispiel Regensburgs zeitgenössisch behandelt worden ist, ist die hier aufgeworfene Frage. Als Quellen für die Betrachtungen dienen die Regensburger Presse, das zeitgenössische Schriftgut der Stadtverwaltung sowie einschlägige Literatur.

Viele Frage lassen sich stellen, eine ragt aber hervor: Wurde die Schließung der Grenze 1952<sup>3</sup> und ihr Ausbau 1961/62<sup>4</sup> national, transnational, vielleicht politisch-ideologisch oder noch anders konnotiert, gerade um ihre Bedeutung als Topos zu er-messen. Denn Frank Bösch hat Recht, wenn er behauptet: Ereignisse sind immer Ergebnis kommunikativer Zuschreibung.<sup>5</sup> Und da sich 2022 die hermetische Schließung der innerdeutschen Grenze zum 70. Mal jährt, ihr tatsächlicher Ausbau gleichsam zum 60. Mal, lohnt es auf beide Prozesse zurückzublicken, um die Grenze im „Inventar der deutschen Gedächtniskultur“<sup>6</sup>, hier am Beispiel Regensburgs zu durchleuchten.

<sup>1</sup> Vgl. Geschichte eines geteilten Dorfes (URL: <https://moedlareuth.de/geschichte.html> [14. 3. 2022]).

<sup>2</sup> Erinnerungsort wird hier nach Pierre Nora verwendet (vgl. Cornelia SIEBECK, Erinnerungsorte, Lieux de Mémoire, in: Dokupedia-Zeitgeschichte vom 2. 5. 2017 (URL: [https://www.zeitgeschichte-digital.de/doks/frontdoor/deliver/index/docId/784/file/docupedia\\_siebeck\\_erinnerungsorte\\_v1\\_de\\_2017.pdf](https://www.zeitgeschichte-digital.de/doks/frontdoor/deliver/index/docId/784/file/docupedia_siebeck_erinnerungsorte_v1_de_2017.pdf) [14. 3. 2022])).

<sup>3</sup> Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands vom 26. Mai 1952 (Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1952, Bl. 405).

<sup>4</sup> Über die Schließung der Grenzen und ihren Ausbau siehe Robert LEBEGERN, Mauer, Zaun und Stacheldraht. Sperranlagen an der innerdeutschen Grenze 1945–1990, Weiden<sup>2</sup> 2015, S. 31–64.

<sup>5</sup> Frank BÖSCH, Das historische Ereignis, in: Dokupedia-Zeitgeschichte vom 12. 5. 2020 (URL: [https://docupedia.de/zg/Boesch\\_ereignis\\_v1\\_de\\_2020](https://docupedia.de/zg/Boesch_ereignis_v1_de_2020) [14. 3. 2022]).

<sup>6</sup> Hierzu siehe Étienne FRANÇOIS – Hagen SCHULZE, Einleitung, in: DERS. (Hg.), Deutsche Erinnerungsorte, Bd. I, S. 9–24 (nach SIEBECK, Erinnerungsorte [wie Anm. 1] S. 14, Anm. 29, 31).

### „Innerdeutsche Grenze“ als Erinnerungsort

Die Symbolik der innerdeutschen Grenze ist im Jubiläumsjahr längst das Konstrukt einer eingefahrenen Erinnerungspraxis: Die Grenze fand früher<sup>7</sup> und sie findet heute<sup>8</sup> Eingang in politisch engagierte bildende Kunst. Die Grenze wirkte besonders in den letzten 30 Jahren als Erinnerungsort im Hintergrund, wenn an sie während des jährlich gefeierten Tags der Deutschen Einheit mitgedacht wird.<sup>9</sup> Es liegt auf der Hand, dass die Erinnerung an die Geschehnisse „Fall des Eisernen Vorhangs“<sup>10</sup> und zugleich „Öffnung der innerdeutschen Grenze“ auf eine propagierte „historische Zäsur“<sup>11</sup> gelenkt und auf diese Weise in ein „Element des neuen Gründungsmythos“<sup>12</sup> der deutschen Staatlichkeit nach 1990 verwandelt wurden.

Der „Tag der deutschen Einheit“ ist gleichwohl keine Erfindung der Zeit und der Erinnerung nach bzw. an 1990, sondern rührt semantisch vordergründig aus dem westdeutschen Gedenken an den Aufstand in der DDR vom 17. Juni 1953. Hintergründig haftet ihm das 37 Jahre währende Bewusstsein über die Demarkationslinie als Folge des „Dritten Reiches“ und seines Niedergangs an. Und hinzu kommt die Erkenntnis, dass die Existenz einer innerdeutschen Grenze ein Spezifikum des Ost-West-Konflikts war, da sie nicht nur eine Nation, zwei Staaten, sondern auch zwei ideologisch auf Gegnerschaft ausgerichtete politische Systemen voneinander trennte.<sup>13</sup> Nicht von ungefähr wurde in der DDR die Aufmerksamkeit bei „Einheit“ auf

<sup>7</sup> Vgl. Grafiken zur innerdeutschen Grenze von Karl Friedrich Borneff, abgelichtet in: Karl F. BORNEFF, *Zonengrenze 1945–1985*. Grafik, Malerei, Fotos, Coburg 1985, bes. S. 35–77. Ferner siehe Roger LOEWIG, *Bilder, Zeichnungen, Graphik 1956–1980*, Eßlingen 1980 sowie Christiane STRING, *Unbequeme Kunst am authentischen Ort*. Ausstellung „Roger Loewig – Grenzerfahrungen“ in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, in: *Gedenkstätten-Rundbrief* [Hohenschönhausen] 2001, S. 31–33.

<sup>8</sup> Zur Kunst von Benno Dalhoff siehe die gesamte Ausgabe von *Politik & Kultur* 6 (2020) und ferner zur Kunst von Ulrich Barnickel siehe Roland LEIPOLD – Peter HANNAPPEL, *Weg der Hoffnung*. Ein Kunstprojekt der Point-Alpha-Stiftung auf dem Todesstreifen der ehemaligen DDR-Grenzanlagen, Fulda 2012.

<sup>9</sup> Zum Tag der Deutschen Einheit 2022 siehe die Homepage des Landes Thüringen (URL: <https://thueringen.de/tde2022> [17.8.2022]). Über den „Tag der Deutschen Einheit“ in der alten Bundesrepublik siehe Vera Caroline SIMON, *Tag der Deutschen Einheit*. Festakt und Live-Übertragung im Wandel, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 33/34 (2015), S. 11–17.

<sup>10</sup> Die Realität eines „Eisernen Vorhangs“ wird gelegentlich als bloße politische Rhetorik der Vergangenheit dargestellt: „Die Allgegenwärtigkeit von Grenzen widerspricht der Hoffnung auf eine *Welt ohne Grenzen*, die in den 1990er Jahren vom Ende des Kalten Krieges, dem Fall der als Eiserner Vorhang im antikommunistischen Sinne bezeichneten Grenze [...] genährt wurde“ (Sabine HESS – Matthias SCHMIDT-SEBNDNER, *Grenze als Konfliktzone – Perspektiven der Grenzforschung*, in Dominik GERST [u. a.], *Grenzforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium*, Baden-Baden 2021, S. 190–205, hier S. 191). Eine solche Einordnung des „Eisernen Vorhangs“ ist wenig überzeugend, da es lediglich sprachlich konstruiert ist, als wäre diese Trennlinie durch ganz Europa kein Hindernis der politischen Freiheit unter den zentral koordinierten, staatlich gelenkten Propaganda- und Informationsregimen, mit Auswirkungen sowohl für die Bevölkerung unmittelbar hinter dieser Grenze in der DDR, als auch für die Gesellschaften in den weiter östlich liegenden Satelliten der UdSSR. Daraus resultiert der Begriff, der nicht antikommunistisch, sondern ein Teil des kulturellen Gedächtnisses ist.

<sup>11</sup> SIMON, *Tag* (wie Anm. 9) S. 17.

<sup>12</sup> Ebd.

<sup>13</sup> Vgl. Christop NÜBEL (Hg.), *Dokumente zur deutschen Militärgeschichte 1945–1990*. Bundesrepublik und DDR im Ost-West-Konflikt, Berlin 2019, S. 28

die Einheit der Partei gelenkt, so in den zahlreichen Straßennamen „Straße der Einheit“.<sup>14</sup>

Bereits im August 1953 wurde in Westdeutschland das Gesetz über den Tag der deutschen Einheit verabschiedet.<sup>15</sup> So gab es in Regensburg, am Sonntag, 16. Juni 1957, auf dem Dachauplatz „[...] aus Anlass des Tages der deutschen Einheit eine öffentliche Kundgebung [...]“.<sup>16</sup> Fünf Jahre später schrieb die „Regensburger Woche“ aus dem gleichen Anlass: „[...] Die kommunistische Brutalität, deren schrecklicher Ausdruck die Mauer in Berlin und die Sperrgürtel und Todesstreifen durch ganz Deutschland sind, ist ein Gemisch aus Menschenverachtung und -furcht. [...]“.<sup>17</sup>

An beiden, hier als Beispiele gewählten, Erinnerungstagen von 1957 und 1962 war der Tenor des Gedenkens national: Es wurde die Nationalhymne gesungen, von den Ostprovinzen und den Brüdern im Osten war die Rede, die soziale Frage der Eingliederung von Flüchtlingen und die UdSSR als Besatzungsmacht wurden artikuliert. In den 1960er Jahren kamen systempolitische Komponenten hinzu: Volksbegehren nach Menschenrechten, Selbstbestimmungsrecht, Gegensatz zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten – was sicher auch dem Charakter der „Regensburger Woche“<sup>18</sup> geschuldet war.

Neben dem „Tag der deutschen Einheit“ gibt es weitere Anspielungen auf die innerdeutsche Grenze, das sind die Termini: „Zonenflüchtling“, „SBZ-Flüchtling“ oder später auch „Übersiedler“.<sup>19</sup> Diesen haftet die „Innerdeutsche Grenze“ auch in Erinnerung als ihre kausale Voraussetzung an. Als im Juni 1958 im Keplerhaus in Regensburg der Gesamtverband der Sowjetzonenflüchtlinge e.V. tagte und aus diesem Anlass die Namensänderung des Platzes der Republik in Platz der Einheit in Regensburg verkündet wurde, hob die Zeitung hervor, dass der Oberbürgermeister u.a. den Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, neben zahlreichen Bundes- und Landesabgeordneten begrüßen durfte. Es handelte sich also um einen wichtigen Akt der Erinnerungskultur: „Der Platz der Republik stellt ein beredtes Zeugnis von der wechselvollen Geschichte unseres Vaterlandes in den letzten vier Jahrzehnten dar. [...] Bald wird sich außer dem Briefträger kaum mehr jemand daran erinnern, dass dieser Platz schon so oft seinen Namen wechseln musste. [...]“.<sup>20</sup>

Und ein folgender Zeitungsbeitrag wurde genauer, was die Flüchtlingsproblematik anbelangte: „[...] In einer Entschließung protestierte man mit aller Schärfe

<sup>14</sup> Hierzu gibt es 2022 in der Gedenkstätte „Andreasstraße“ in Erfurt eine Sonderausstellung „Händedruck und rote Fahne – Die Gründung der SED und das Ende der Arbeiterbewegung“ (Informationen von Jochen Voit, Kurator der Ausstellung vom 6. 4. 2022).

<sup>15</sup> BGBl I (1953), S. 778.

<sup>16</sup> StAR/ ZR II/2212: Mitteilung des Oberbürgermeisters an alle Dezernate vom 13. 6. 1957.

<sup>17</sup> Herbert WEHNER, „Dennoch Tag der deutschen Einheit“, in Regensburger Woche vom 15./ 16. 6. 1962, S. 1.

<sup>18</sup> „Die Regensburger Woche“ war ein „Schlagzeilenblatt“ und stand der SPD nahe. Zu der politischen Ausrichtung der Regensburger Presse nach 1945 siehe Andreas JOBST, Pressegeschichte Regensburgs von der Revolution 1848/49 bis in die Anfänge der Bundesrepublik Deutschland, Regensburg 2002, S. 225–253, bes. S. 244 f.

<sup>19</sup> Vgl. Ingolf HERMANN (u. a.), Lexikon der innerdeutschen Grenze. Das Grenzsicherungssystem, die Folgen und der zeitgeschichtliche Rahmen der innerdeutschen Grenze und der Berliner Mauer in Stichworten, [Zella-Mehlis] 2020, S. 286–287.

<sup>20</sup> Tages-Anzeiger. Regensburger Anzeiger vom 29. 5. 1958, S. 5.

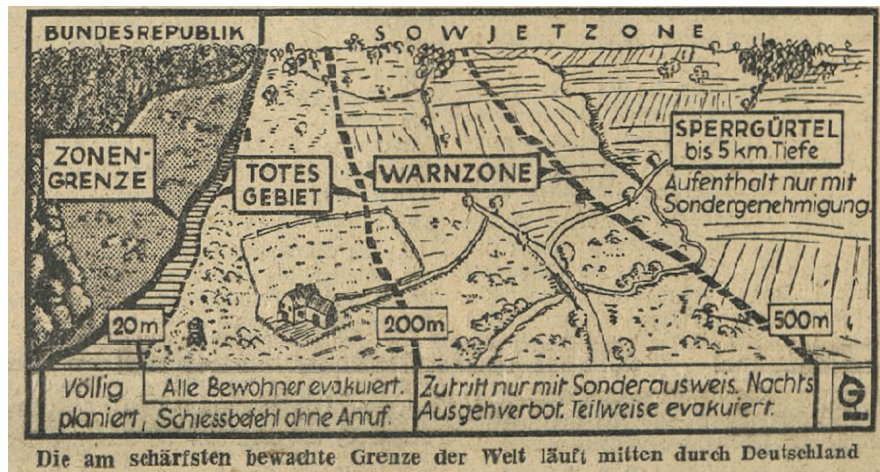


Abb. 1 Schema der innerdeutschen Grenze von 1952

gegen das neue sowjetzonale Passgesetz<sup>21</sup>, dessen Ziel es sei, die menschlichen und familiären Bande zwischen Bewohnern beider Teile Deutschlands zu zerstören. Weiter wandte man sich mit Empörung gegen die neuen Maßnahmen der Zonenregierung in Bezug auf die Verbreitung des Zonenstreifens. [...]“<sup>22</sup>

Grenze, Flüchtling und deutsche Einheit als Gegenpol zur deutschen Trennung, die im Übrigen in den 1950er und 1960er Jahren kaum geäußert wurde, sind als Zuschreibungen der „Innerdeutschen Grenze“ als Erinnerungsort aufzufassen.

#### *Zu den Begriffen*

Begriffe sind zunächst Elemente des kommunikativen Gedächtnisses, das sich gewöhnlich erst einmal auf die unmittelbare Vergangenheit und auf eine begrenzte Anzahl von Gesprächspartnern bezieht. Werden Begriffe aber verschriftlicht und medial verbreitet, entfalten sie ihre Kraft im kulturellen Gedächtnis und werden darin verankert und zugleich bestimmt. Sie sind zwar immer noch an Gruppen und Gruppenidentitäten gebunden<sup>23</sup>; aber sie sind auf jeden Fall in ihrer Summe wandelbar, gerade im Sinne eines kulturstiftenden Prozesses.

Die DDR ist seit 1949 ein historisches Faktum, das allerdings mit der Negierung ihrer Legitimität konkurrieren musste<sup>24</sup>: Die DDR war nur „die Zone“. In West-

<sup>21</sup> Vgl. HERMANN, Lexikon (wie An. 19) S. 230.

<sup>22</sup> Tages-Anzeiger. Regensburger Anzeiger vom 2.6.1958, S. 5.

<sup>23</sup> Mehr dazu siehe bei Jan Assmann, Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität, in: Jan ASSMANN – Tonio HÖLSCHER (Hg.), Kultur und Gedächtnis, Frankfurt a.M. 1988, S. 9–19.

<sup>24</sup> Vgl. „Die Theorie vom Fortbestand des Deutschen Reiches als Staat nach 1945“ bei Ulrich EISENHARDT, Deutsche Rechtsgeschichte, München 1995, S. 447–449; Andreas GRAU – Markus WÜRZ, Alleinvertretungsanspruch, in: Lebendiges Museum Online, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (URL <http://www.hdg.de/lemo/kapitel/geteiltes-deutschland-gruenderjahre/deutsche-frage/alleinvertretungsanspruch.html> [11.4.2022]).

deutschland wurde dieser Begriff lange Zeit kollektiv verwendet, sicherlich weil das so politisch erwünscht war, vor allem jedoch, da die Gesellschaft diese Bezeichnung annahm und verwendete.

Einerseits hieß es von Amts wegen: „Das 1945 von der Sowjetunion besetzte Gebiet Deutschlands westlich der Oder-Neiße-Linie mit Ausnahme Berlins wird im politischen Sprachgebrauch als ‚Sowjetische Besatzungszone Deutschlands‘, abgekürzt als ‚SBZ‘, in Kurzform auch als ‚Sowjetzone‘ bezeichnet. [...]“.<sup>25</sup>

Auf der anderen Seite gibt es die Rezeption und Akzeptanz des Begriffes in der Gesellschaft, so erinnert der Zeitzeuge Wolfgang Behrendt, in jungen Jahren ein Sportler in Ost-Berlin, in seinem veröffentlichten Interview für das Portal „Gedächtnis der Nation“ des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: „[...] Wenn ich in Westberlin geboxt habe, oder mitunter auch in Westdeutschland, dass wir eben als Ostzonen-Jungs bezeichnet worden oder so dergleichen [...]“.<sup>26</sup>

In der DDR gab es den Begriff der „Republikflucht“, der ursprünglich offiziell war: Bereits 1950 kam „Republikflucht“ in den Amtsstuben als juristischer Begriff auf und wurde nicht auf die Staatsgrenzen der DDR, sondern auf die Demarkationslinie zwischen den beiden deutschen Staaten bezogen. Die Bestrafung, die Linie ohne Erlaubnis zu passieren, wurde trotz fehlender, gesetzlicher Grundlage administrativ beschlossen; hierzu wurden die Bestimmungen der sowjetischen Besatzungsmacht bemüht. 1957 wurde mit der Änderung des Passgesetzes ein selbständiger Straftatbestand „Republikflucht“ geschaffen, der Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe androhte, und schon die Vorbereitung und der Versuch der Republikflucht wurden gleichfalls strafbar. Besonders belastend wirkte sich der Artikel 6 der Verfassung aus, wurde dieser angewendet. Denn damit war Spionage angeprangert. Politisch galt „Republikflucht“ den Machthabern in Berlin-Ost als „Verrat an den friedlichen Interessen des Volkes“.<sup>27</sup> Später mied die DDR diesen Terminus, da von einer Flucht aus dem Sozialismus gar keine Rede sein durfte.

Ein wichtiger Begriff, der aus dem Alleinvertretungsanspruch<sup>28</sup> der Bundesrepublik Deutschland auf Repräsentanz einer deutsche Staatlichkeit nach 1945 resultierte, war „Demarkationslinie“.<sup>29</sup> „Staatsgrenze West der DDR“<sup>30</sup> diente dagegen dem Regime in Berlin-Ost, auf den eigenen Anspruch hinzuweisen, ein deutscher Staat und keine Zone zu sein.

Der Alleinvertretungsanspruch im Westen gründete auf der Erkenntnis, dass die Bürgerinnen und Bürger Westdeutschlands in demokratischen Wahlen den Volkswillen artikulierten, die Volkskammerwahlen in der DDR hingegen vom 15. Oktober 1950 an bis zum März 1990 nicht demokratisch, sondern auf der Grundlage einer Einheitsliste der Nationalen Front durchgeführt wurden; zusammen mit der Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949 sicherten sie der marxistisch-leninistisch

<sup>25</sup> StAR/Stadtpolizei 59: Abschrift der Richtlinien für die Bezeichnung Deutschlands, der Demarkationslinie innerhalb Deutschlands, der Orte innerhalb Deutschlands (Bezeichnungsrichtlinien) vom 19.11.1965.

<sup>26</sup> Vgl. URL: [https://www.zeitzeugen-portal.de/videos/llw\]5rOV3F4](https://www.zeitzeugen-portal.de/videos/llw]5rOV3F4) (24.3.2022).

<sup>27</sup> Vgl. Karl W. FRICKE, Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945–1968. Bericht und Dokumentation, Köln 1979, S. 417 f.; Falco WERKENTIN, Recht und Justiz im SED-Staat, Bonn 1998, S. 54 f.

<sup>28</sup> Vgl. GRAU – WÜRZ, Alleinvertretungsanspruch (wie Anm. 24).

<sup>29</sup> Vgl. HERMANN, Lexikon (wie An. 19) S. 50.

<sup>30</sup> Ebd., S. 275.



Abb. 2: Die 422 km lange Demarkationslinie zwischen dem Land Bayern und der DDR, wurde 1973 durch das Bundesverfassungsgericht infolge des Grundlagenvertrags von 1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR als Landesgrenze, eine Binnenlandgrenze im Sinne „Deutschland als Ganzes“, eingeordnet.

ausgerichteten Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) die Macht.<sup>31</sup> Die Nichtanerkennung der DDR war Teil der Hallsteindoktrin<sup>32</sup>; diese verdeutlicht die Bedeutung der innerdeutschen Grenze als Eiserner Vorhang, als Teil einer europäischen Erinnerung.

„Die Demarkationslinie zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands ist als ‚Demarkationslinie zur sowjetischen Besatzungszone Deutschlands‘, in Kurzform als ‚Demarkationslinie zur SBZ‘ zu bezeichnen. Im mündlichen Sprachgebrauch und auf Warnschildern im Gelände an der Demarkationslinie ist gegen die Bezeichnung ‚Zonengrenze‘ nichts einzuwenden.“<sup>33</sup> Sie entstand am 30. Juni 1946 als eine geschlossene Linie auf Betreiben der sowjetischen Militäradministration in Deutschland.<sup>34</sup>

<sup>31</sup> Vgl. Klaus SCHROEDER, Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998, S. 80–82; Michael RICHTER, 1949–1961. Der „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR, in: Informationen zur politischen Bildung 231 (1991), S. 10–17.

<sup>32</sup> Die Hallsteindoktrin, genannt nach dem Staatssekretär Walter Hallstein (CDU), war die Reaktion der Bundesrepublik auf die einseitige „Souveränitätserklärung“ der UdSSR für die DDR. Sollte ein Drittstaat die DDR anerkennen, so war dieser Akt als „unfreundlicher Akt“ betrachtet – Ausnahme bildete hier die Sowjetunion (vgl. HERMANN, Lexikon [wie An. 19] S. 185).

<sup>33</sup> StAR/Stadtpolizei 59: Abschrift der Richtlinien für die Bezeichnung Deutschlands, der Demarkationslinie innerhalb Deutschlands, der Orte innerhalb Deutschlands (Bezeichnungsrichtlinien) vom 19.11.1965.

<sup>34</sup> Vgl. Bayerns Landesgrenze zur DDR, München 1985 (Flyer der Bayerischen Staatskanzlei).

Die Staatsgrenze West der DDR datiert auf das Jahr 1957. Sie hing mit dem Selbstverständnis der DDR zusammen, gemäß dem Staatsvertrag mit der Sowjetunion im Jahr 1955, formal in die Selbständigkeit entlassen worden zu sein.<sup>35</sup> Und sie drückte propagandistisch die Grenze zwischen Demokratie und Diktatur aus, gleichwohl war Diktatur hier als die des Kapitals verstanden.<sup>36</sup>

*„Wird die Demarkationslinie zur Staatsgrenze“*

In der Wochenendausgabe der Mittelbayerischen Zeitung vom 24./25. Mai 1952 wurde die Frage aufgeworfen, ob aus der Demarkationslinie zwischen den westdeutschen Ländern der Bundesrepublik und der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ) eine Staatsgrenze werde.<sup>37</sup>

Am 26. Mai 1952 erließ die Regierung der DDR eine Verordnung über Sperrmaßnahmen an der Grenze. Entlang der Demarkationslinie wurde einer Sperrzone<sup>38</sup> eingerichtet, mit einem Stacheldrahtzaun, einem anschließenden ca. zehn Meter breiten Spursicherungsstreifen, ferner einem ca. 500 Meter breiten Schutzstreifen und einer fünf Kilometer breiten Sperrzone, in der sich nur die dort angemeldeten Einwohnerinnen und Einwohner aufhalten durften; andere Menschen aus der DDR benötigten für die Sperrzone eine besondere, zu beantragende Einreise- und Aufenthaltserlaubnis.<sup>39</sup>

Hintergrund war der Deutschlandvertrag – im Osten als Generalkriegsvertrag bezeichnet – und die geplante europäische Verteidigungsgemeinschaft sowie die deutsche Wiederbewaffnung. Es ging darum, ob Westdeutschland eine, wenn auch begrenzte Souveränität erhält und ihm damit ein integrativer Schritt gelingt, nach den Gräueln der nationalsozialistischen Zeit in die Völkergemeinschaft zurückzukehren. Das war ohne jeden Zweifel das Ziel von Konrad Adenauer, dem ersten deutschen Bundeskanzler. Seine Losung war: „Freiheit“ vor „Einheit“, woraus sich seine deutschland-, aber auch handelspolitischen Zielsetzungen ergaben. Und das Vereinigungsgebot, das im Grundgesetz verankert war, glaubte Adenauer, wie auch sein politischer Widersacher Kurt Schumacher, über die Magnettheorie zu verwirklichen: Ein prosperierender Westen würde den östlichen Teil Deutschlands so sehr anziehen, dass die UdSSR ihn früher oder später freigegeben müsste.<sup>40</sup>

<sup>35</sup> HERMANN, Lexikon (wie An. 19) S. 271, 273.

<sup>36</sup> Vgl. Bild und Bildunterschrift im Text von Christian GEULEN, Plädoyer für eine Geschichte der Grundbegriffe des 20. Jahrhunderts, in: Zeithistorische Forschungen 1 (2010), H. 1, S. 79–97, hier S. 79.

<sup>37</sup> Mittelbayerische Zeitung vom 26./27. 5. 1952, S. 1.

<sup>38</sup> Vgl. HERMANN, Lexikon (wie An. 19) S. 269. Bezeichnend war, dass auch die Tschechoslowakische Sozialistische Republik ihre Westgrenze seit Dezember 1951 reorganisierte. Auch an dieser Grenze kam es zur Schleifung von Bauernhöfen und Gebäuden in der Sperrzone etc. (vgl. Tomáš JÍLEK, Spezifika der Bewachung der tschechisch-bayerischen Staatsgrenze zu Zeiten des „Eisernen Vorhangs“ 1948–1989, in: Markus MEINKE – Ulf BRUNNBAUER, Die tschechisch-bayerische Grenze im Kalten Krieg in vergleichender Perspektive – politische, ökonomische und soziokulturelle Dimensionen, Regensburg 2011, S. 47–53, hier S. 51.).

<sup>39</sup> Peter BOROWSKY, Deutschland 1945–1969, Hannover 1993, S. 213; „Ostzone beschloss ‚Sicherungsmaßnahmen‘“, in: Tages-Anzeiger. Regensburger Anzeiger vom 27./28. 5. 1952, S. 2.

<sup>40</sup> Wilhelm G. GREWE, Deutschlandvertrag, in: Werner WEIDENFELD – Karl-Rudolf KORTE,

So wird die „Innerdeutsche Grenze“ hier mit Inhalten verweben, die mit dem Ringen der politischen Systeme im Kalten Krieg zusammenhängen: Europäische Verteidigungspolitik, Integration Westdeutschlands in den „Westblock“ im Gegensatz zum Ostblock<sup>41</sup> einerseits und andererseits mit den ökonomischen Schwierigkeiten des realen Sozialismus, in dem die Wirtschaft dem Plan des Staates und der Partei unterworfen ist.<sup>42</sup>

Und der Kalte Krieg kam gleichfalls deutlich zum Ausdruck: „Der Sowjetzonen-Ministerrat beschloss in seiner außerordentlichen Sitzung am Montag in Ostberlin Maßnahmen zur Sicherung der Deutschen Demokratischen Republik. [...] Die Bundesregierung wurde beschuldigt, die Zonengrenze zu einer Staatsgrenze mit regelrechten Zolldienst und bewaffneten Formationen gemacht zu haben.“<sup>43</sup>

In der Tat forderte Adenauer im April 1950 eine mobile Polizeitruppe auf Bundesebene und im Hintergrund waren solche Einheiten gebildet worden.<sup>44</sup> Denn die Furcht vor der Deutschen Grenzpolizei der DDR und den kasernierten bewaffneten Bereitschaftsverbänden, später der Kasernierten Volkspolizei in der DDR, war berechtigt. Sie war seit 1948 aufgebaut worden, hatte im Jahr 1950 See- und Luft-einheiten und ca. 90.000 Mann unter Waffe und umfasste 1952 zwei Armeekorps.<sup>45</sup>

Regensburg blieb dies nicht verborgen, es wurde von „Merkwürdigen deutschen Einheiten auch in der Ostzone“ berichtet.<sup>46</sup>

Angesichts der Bilder von gefangengenommenen US-Soldaten im Koreakrieg, die durch die kommunistische Militärmacht unter starker Unterstützung der UdSSR überrollt worden waren, erschien die vom Westen her ungeschützte Demarkationslinie als leicht überwindbar.<sup>47</sup> Denn die Amerikaner waren an dieser Linie lediglich

Handbuch zur deutschen Einheit 1949–1989–1999, Bonn 1999, S. 291–299; Werner MAIBAUM, Geschichte der Deutschlandpolitik, Bonn 1998, S. 25–29; Peter E. FÄBLER, Durch den „Eisernen Vorhang“. Die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen 1949–1969, Köln 2006, S. 99–109; Peter J. LAPP, Die DDR im Jahr 1952, Erfurt 2022, S. 19.

<sup>41</sup> Zum Begriff „Ostblock“ siehe Gerd SCHNEIDER – Christiane TOYKA-SEID, Ostblock, in: Das junge Politik-Lexikon der bpb 2022 (vgl. URL: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-junge-politik-lexikon/320891/ostblock/> [24. 3. 2022]).

<sup>42</sup> Vgl. Gerhard SCHÜRER, Planung und Lenkung der Volkswirtschaft in der DDR – Ein Zeitzeugenbericht aus dem Zentrum der DDR-Wirtschaftslenkung, in: Eberhard KUHRT (u. a.), Die Endzeit der DDR-Wirtschaft – Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, Opladen 1999, S. 61–98.

<sup>43</sup> Tages-Anzeiger. Regensburger Anzeiger vom 28. 5. 1952, S. 2.

<sup>44</sup> Siehe „Memorandum über die Sicherung des Bundesgebietes nach innen und außen“ bei BOROWSKY, Deutschland (wie Anm. 39) S. 140 f. Zum Themenkomplex um Albert Schenz, sog. Schenz-Truppe siehe NÜBEL, Dokumente (wie Anm. 13) S. 141–143,

<sup>45</sup> SCHROEDER, Der SED-Staat (wie Anm. 31) 107; Hans Georg LEHMANN, Deutschland-Chronik 1945 bis 2000, Bonn 2002, S. 88; BOROWSKY, Deutschland (wie Anm. 39) S. 140, 215; Mitten in Deutschland – Mitten im 20. Jahrhundert. Die Zonengrenze, Bonn/Berlin <sup>8</sup>1964, S. 14 (Veröffentlichung des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen).

<sup>46</sup> Vgl. „Auch eine russische Fremdenlegion“, in: Regensburger Woche vom 6./12. 6. 1952, S. 9.

<sup>47</sup> „Die Invasion jedoch, die am 25. Juni 1950 um vier Uhr morgens mit rund 200000 nordkoreanischen Soldaten begann, ging weit über die vorangegangenen Scharmützel hinaus und sorgte auch im fernen Europa sofort für Invasionsängste“ (vgl. Bernd STÖVER, Der Kalte Krieg 1947–1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters, Bonn 2007, S. 94–97, hier S. 94); siehe ferner Hagen SCHULZE, Kleine deutsche Geschichte, München 1998, S. 259; BOROWSKY, Deutschland (wie Anm. 39) S. 139–144.



mit der US-Constabulary und keinen Kampftruppen mehr präsent.<sup>48</sup> Erst 1952 kehrte die US-Armee an die Demarkationslinie zurück.<sup>49</sup> In Regensburg war bis 1948 das 11th Constabulary Regiment<sup>50</sup> in der Nibelungenkaserne (Fort Skelly) stationiert.<sup>51</sup> Ergebnis der Angst vor einer Entwicklung wie in Korea war gewiss die Gründung des Bundesgrenzschutzes 1951, zusammen mit dem Zolldienst<sup>52</sup> der Bundesrepublik Deutschland zuständig für den Schutz an der Demarkationslinie. Regensburg war für den BGS ein Gründungsort, gleichwohl 1952 schnell wieder aufgegeben zugunsten anderer Standorte.<sup>53</sup> Und die Amerikaner kehrten 1951 mit Militäreinheiten an den Eisernen Vorhang in Deutschland zurück. Zwischen Bamberg und Regensburg operierte das 2. Armored Cavalry Regiment (ACR)<sup>54</sup> an der sog. Front der 28. Infanterie-Division, während das 6. gepanzerte Kavallerie-Regiment (ACR) zwischen Regensburg und Landshut vor der 43. Infanterie-Division stationiert war.<sup>55</sup>

Zeitgleich mit der Polizeiverordnung in der DDR von 1952<sup>56</sup> wurde die erste Zwangsaussiedlung<sup>57</sup> aus dem unmittelbaren Grenzgebiet, dem Sperrgebiet, befohlen. So schleiften die Grenztruppen der DDR beispielsweise die „Obere Mühle“ in Mödlareuth im Juni 1952. Opfer der Vertreibungen wurden damals über 8.000 Bürgerinnen und Bürger der DDR.<sup>58</sup> Insgesamt vertrieb die DDR ca. 12.000 eigene Menschen aus der Sperrzone.<sup>59</sup> Gleichfalls im Juni 1952 wurde in einer Verordnung die Verletzung der Bestimmungen zur Absperrung der Demarkationslinie mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und mit einer Geldstrafe bis zu 2.000 Mark bedroht.<sup>60</sup>

Diese Vorgänge blieben in der Oberpfalz und Niederbayern ohne Echo, mutmaßlich wegen der Entfernung zur Grenze. Hingegen berichteten die Zeitungen ausführlich über den von Walter Ulbricht im Namen des Ministerrates der DDR auf dem II. Parteitag der SED (9.–12. Juli 1952) proklamierten „planmäßige[n] Aufbau des Sozialismus“<sup>61</sup>; dies war in der Tat die Anpassung der politischen „Ordnung“ der DDR an das stalinistische System in der UdSSR. Was im „Regensburger Tages-

<sup>48</sup> Michael A. RAUER, Order out of Chaos. The United States Constabulary in Postwar Germany, in: *Army History* 45 (1998), S. 22–35.

<sup>49</sup> Allen T. SCOTT, *The U.S. Zone Constabulary 1946–1952. Organizational Change in Occupied Germany*, Kansas City 2013, S. 27 f., 37–40.

<sup>50</sup> Vgl. Kendall D. GOTT, *Mobility, Vigilance and Justice: The US Army Constabulary in Germany, 1946–1953*, Fort Leavenworth 2019, S. 1–31.

<sup>51</sup> Siehe ferner Donald A. CARTER, *Forging the Shield. The U.S. Army in Europe 1951–1962*, Washington 2015, S. 7.

<sup>52</sup> HERMANN, Lexikon (wie An. 19) 301–302.

<sup>53</sup> Ebd., S. 45–48; StAR/ZR III/3235: Bundesgrenzschutzpolizei vom 24.9.1951.

<sup>54</sup> HERMANN, Lexikon (wie An. 19) S. 14.

<sup>55</sup> CARTER, *Forging the Shield* (wie Anm. 51) S. 20

<sup>56</sup> HERMANN, Lexikon (wie An. 19) S. 237.

<sup>57</sup> HERMANN, Lexikon (wie An. 19) S. 306–308.

<sup>58</sup> LEBEGERN, Mauer (wie Anm. 4) S. 33; HERMANN, Lexikon (wie An. 19) S. 306–308.

<sup>59</sup> Vgl. *Der totgeschwiegene Terror. Zwangsaussiedlung in der DDR*, Erfurt 2006 (Publikation des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit und des Thüringer Instituts für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien).

<sup>60</sup> LAPP, *Die DDR* (wie Anm. 40) S. 26.

<sup>61</sup> Zum „Aufbau der Grundlagen des Sozialismus“ siehe LAPP, *Die DDR* (wie Anm. 40) S. 49–54.

anzeiger“<sup>62</sup> als Furcht vor einer Entfremdung der Deutschen in der Zone vor der Wiedervereinigung geäußert wurde, war das Bestreben der Regierung der DDR, in ihrem Machtbereich einen deutschen „Homo Sovieticus“<sup>63</sup> zu erschaffen, einen der kommunistischen Idee und Partei blindtreuen Bürger. Zugleich waren die noch vorhandenen wirtschaftlichen und sozialen Überreste einer nicht-sozialistischen Gesellschaft zu beseitigen und nicht zuletzt der Klassenkampf zu forcieren.<sup>64</sup> Und die Staatssicherheit der DDR spielte in diesem Prozess eine wesentliche Rolle: Allein zwischen August und Dezember 1952 wurden ca. 1500 Personen verhaftet, u. a. der Handels- und Versorgungsminister oder der Außenminister. Bezeichnend ist, dass es sogar zu einer antijüdische Kampagne kam, in deren Folge 400 politisch unliebsame Bürger, die Juden waren und als solche wahrgenommen wurden, aus der DDR fliehen mussten, unter ihnen der SED-Volkstagesabgeordnete Julius Meyer und fünf der acht Vorsitzenden von Jüdischen Gemeinden im Land.<sup>65</sup>

Die DDR war jedoch sehr um das eigene Ansehen im Westen Deutschlands bemüht: Die Stadtspitze von Regensburg erhielt eindeutig propagandistische Briefe aus mehreren Städten und von Privatpersonen aus der DDR zwischen 1951 und 1952. In einem der Briefe aus Dresden von 1951 heißt es: „Im Kampf um ein einheitliches, demokratisches, friedliebendes Deutschland [...]“ und ferner „[...] Das Telegramm des großen Lehrers der demokratischen Jugend der Welt, Generalissimus Stalin, welches er zum Deutschlandtreffen der FDJ sandte, kennzeichnet die Bedeutung des Friedenskampfes des deutschen Volkes [...]“. In einem weiteren Brief aus Leipzig von den dortigen Stadtverordneten im Jahr 1952 liest man von der: „Sorge um das Schicksal unseres deutschen Volkes“ Alle Formulierungen zielten darauf hin, der Regensburger politischen Spitze bilaterale Gespräche aufzuzwingen, im Sinne eines erwünschten Friedensvertrages und der Einheit Deutschlands.<sup>66</sup> Die Narrative waren national gefärbt und gebunden an den politischen Willen der Sowjetunion.

Als 1952 die Reisegesellschaft BC Regensburg aus der DDR zurückkam, wo im erzgebirgischen Uranrevier zwei Fußballspiele absolviert worden waren, wurde nur positives über die Begegnung berichtet. So klärte die „Regensburger Woche“ zu recht mit dem Titel auf: „Die freundliche Kulisse“.<sup>67</sup> Erst im August 1953 reagierte

<sup>62</sup> Tages-Anzeiger. Regensburger Anzeiger vom 2.6.1958, S. 5.

<sup>63</sup> Zum Entwurf des ‚Homo Sovieticus‘ und seiner Realität siehe Klaus GESTWA, Der Homo Sovieticus und der Zerfall des Sowjetimperiums. Jurij Levadas unliebsame Sozialdiagnosen, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 10 (2013), S. 331–341, hier S. 331 f.

<sup>64</sup> Vgl. SCHROEDER, Der SED-Staat (wie Anm. 31) S. 119.

<sup>65</sup> Vgl. Jens GIESEKE, Die DDR-Staatssicherheit. Schild und Schwert der Partei, Bonn 2000, S. 15–21, bes. S. 18 f., 335–337. Die Staatssicherheit der DDR folgte der stalinistischen Logik, prinzipiell jede und jeden zum Geheimagenten, Saboteur und Banditen im Dienste von „Feindzentralen“ zu erklären, der nur eine abweichende Meinung und Haltung gegenüber der sog. Staatslinie vertrat oder sogar ohne eigenes Zutun ins Visier des Dienstes geriet (vgl. Jens GIESEKE, Deutsche Demokratische Republik, in: Łukasz KAMIŃSKI (u. a.), Handbuch der kommunistischen Geheimdienste in Osteuropa 1944–1991, Göttingen 2009, S. 199–264, hier S. 222 f.).

<sup>66</sup> Hans Hempel an die Stadtverwaltung, Gemeindesteuernamt Regensburg vom 21.6.1951 sowie die Stadtverordneten zu Leipzig an den Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Regensburg vom 28.5.1952, StAR/ZR III/94.

<sup>67</sup> Regensburger Woche vom 6./12.6.1952, S. 1.

das Bayerische Staatsministerium des Innern mit einer Warnung, dass solche Spielkontakte der Propaganda zugunsten der politischen Ordnung in der DDR dienten; und es wurde eine Reglementierung beim Ausstellen von Interzonenpässen<sup>68</sup> für solche „Sportreisen“ empfohlen.<sup>69</sup>

Ein jugendlicher „Zonen-Flüchtling“ aus Ilsenburg (Harz) äußerte sich zu den Gründen seiner Flucht nach Regensburg, wo sein Bruder Heinz seit 1945 lebte: „Ich sollte 1951, nachdem ich als Dekorationsmaler infolge einer Farbenvergiftung nicht mehr tätig sein konnte, in den Uran-Bergbau nach Aue verpflichtet werden“. Der Bruder in Regensburg forderte ihn darauf auf, sofort hierher zu kommen.<sup>70</sup>

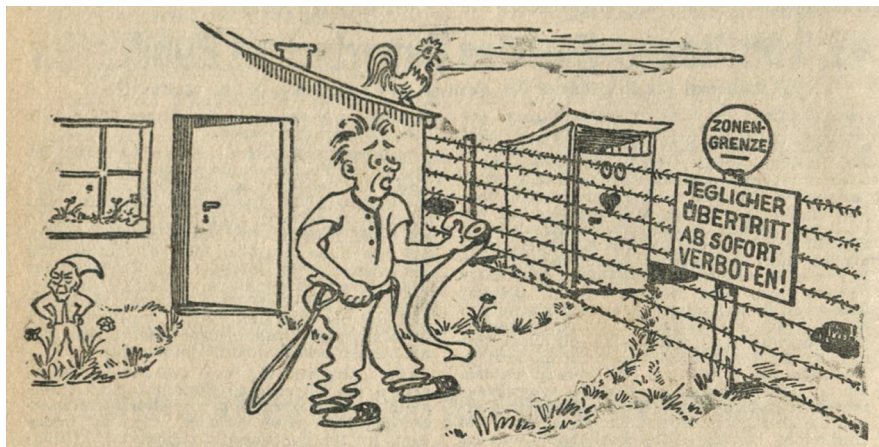


Abb. 3: Die Karikatur von 1952 kritisiert die spätere Todesgrenze noch in amüsanten Form, rekurriert auf die Mühen des Alltags der Grenzbewohner. Die politische Brisanz hatte noch keinen Vorrang.

Alle erwähnten Ereignisse in der DDR in den 1950er Jahren sind als längere Prozesse zu betrachten und so gesehen erscheinen sie rückblickend als gut vorbereitet, insbesondere die Aufstellung der Grenztruppen, der rasche Fortschritt im Aufbau der Grenzanlagen, die Vertreibungsaktionen an der Demarkationslinie etc. Sie deuten auf eine politische Richtungsentscheidung der Regierung der DDR hin, weniger auf eine bloße Reaktion auf den westdeutschen Staat.

Und die Propaganda der DDR dachte gerade auch 1952 an die zukünftige Interpretation der Geschichte. In Berlin-Ost entstand das „Museum für Deutsche Geschichte“ und Ulbricht wünschte dem Museum: „Möge es gelingen, im Museum für Deutsche Geschichte die großen Traditionen des deutschen Volkes historisch richtig darzustellen. Meines Erachtens ist es notwendig, zum Studium der deutschen

<sup>68</sup> HERMANN, Lexikon (wie An. 19) S. 192–193.

<sup>69</sup> Vgl. Bayerisches Staatsministerium des Innern an Regierungen mit Nebenabdrucken für die Landratsämter und kreisfreien Städte vom 13.8.1953, StAR/Stadtpolizei/430.

<sup>70</sup> Meldebogen jugendlicher Zonenflüchtlinge, StAR/ZR III/5154.

Geschichte mehr als bisher die umfassenden geschichtlichen Arbeiten von Karl Marx und Friedrich Engels sowie die Stellungnahme von Lenin und Stalin zu wichtigen Ereignissen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des deutschen Volkes heranzuziehen“.<sup>71</sup>

Die Einordnung der Politik der Bonner Regierung, die jegliche Verhandlungen über einen Friedensvertrag und die Vereinigung beider deutschen Staaten vor der vollzogenen Westintegration der Bundesrepublik Deutschland ablehnte, fällt gegenwärtig unterschiedlich aus, zum einen als eine verlorene Chance auf eine frühe Wiedervereinigung, zum anderen als die durchgesetzte Demokratisierung und Absicherung vor einer Sowjetisierung Gesamtdeutschlands. Die Furcht der Regierung Adenauer war, ein nach der Stalin-Note vereinigtes Deutschland wäre schwach und erneut schwankend zwischen West und Ost, worin die schweren Hypotheken gesehen wurden, die zu der zwölfjährigen Katastrophe des Nationalsozialismus geführt hatten.<sup>72</sup>

#### *Der Ausbau der innerdeutschen Grenze 1962*

Die Repressionen an der Staatsgrenze West der DDR waren offenkundig nicht gegen den Westen, sondern vielmehr gegen die Massenflucht der eigenen Bevölkerung in die Bundesrepublik gerichtet. Vor der Gründung der DDR im Oktober 1949 hatten bereits 1,9 Mio. Menschen die SBZ in Richtung Westen verlassen.<sup>73</sup> Allein im Jahr 1956, als die Bürgerinnen und Bürger in Polen und Ungarn auf die Straßen gingen, um gegen die eigenen kommunistischen Regierungen zu protestieren, verließen auch 260.000 vor allem junge, gut ausgebildete Arbeitskräfte die DDR;<sup>74</sup> und die Zahlen blieben permanent hoch.<sup>75</sup>

Zahlen der Bürgerinnen und Bürger der DDR, die nach Westdeutschland flüchteten:

1949	129.245	1956	279.189
1950	197.788	1957	261.622
1951	165.648	1958	204.092
1952	182.395	1959	143.917
1953	331.390	1960	199.188
1954	184.198	1961 (bis zum 13. Aug.)	155.402
1955	252.870		

<sup>71</sup> LAPP, Die DDR (wie Anm. 40) S. 81 f.

<sup>72</sup> Vgl. SCHULZE, Kleine deutsche Geschichte (wie Anm. 47) S. 239–242.

<sup>73</sup> HERMANN, Lexikon (wie An. 19) S. 70; NÜBEL, Dokumente (wie Anm. 13) Dok. 65 „Auftrag der Grenztruppen“, S. 305 f.

<sup>74</sup> Bau der Berliner Mauer, in: Frank ENGEHAUSEN (u.a.), Meilensteine der deutschen Geschichte. Von der Antike bis heute, Bonn 2015, S. 419. Weitere Angaben sind für den Zeitraum 1955 bis zum Mauerbau im August 1961 mit 1.496.280 Flüchtlingen aus der DDR in der Bundesrepublik bekannt (vgl. Eckart THURICH, Die Deutschlandpolitik der SED in der Ära Ulbricht, in: Informationen zur politischen Bildung 233 [1991], S. 2–6, hier S. 5).

<sup>75</sup> Zahlen nach Steininger und Quarta (Rolf STEININGER, Der Mauerbau 1961 sowie Zementierung eines Systems oder Friedenssicherung?, in: Jürgen ARETZ [u.a.], Geschichtsbilder. Weichenstellungen deutscher Geschichte nach 1945, Freiburg i. B. 2005, S. 89–99, hier S. 91). Ferner zu den Zahlen Hubert-Georg QUARTA, Zwischen Ostsee und Fichtelgebirge. Die absurde Realität einer Grenze, Buxheim 1985, S. 16 f. Ferner siehe: Chronik der Mauer (URL: <https://www.chronik-der-mauer.de/material/178762/fluchtbewegung-aus-der-ddr-und-dem-ostsektor-von-berlin-1950-bis-1988> [24. 3. 2022]); LAPP, Die DDR (wie Anm. 40) S. 8.

Eine Schwächung des eigenen Satelliten, der DDR, wollte und konnte die Sowjetunion nicht tolerieren und Nikita Chruschtschow, Erster Sekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, war bestrebt, den ostdeutschen Staat zu stabilisieren. Mit seinen Noten 1958–1961 rang er mit den USA um seine Vision vom vereinigten Deutschland, dass freilich aus Moskauer und Ost-Berliner Perspektive nur sozialistisch hätte sein können. Letztlich waren die Äußerungen von John F. Kennedy vom 25. Juli 1961 ausschlaggebend: Die USA waren bereit, die Schließung der DDR hinzunehmen, wenn der Transit<sup>76</sup> nach Westdeutschland bestünde, die Westalliierten in Berlin bleiben würden und die Bevölkerung West-Berlins nach wie vor demokratisch über die eigenen Geschicke entscheiden könnte.<sup>77</sup> Ähnliches vernahm Regierender Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, beim Besuch im US-Außenministerium im Feb. 1959: Es gab „so etwas wie eine stille Übereinkunft zwischen Moskau und Washington über die Respektierung der Einflussphären in Europa“.<sup>78</sup>

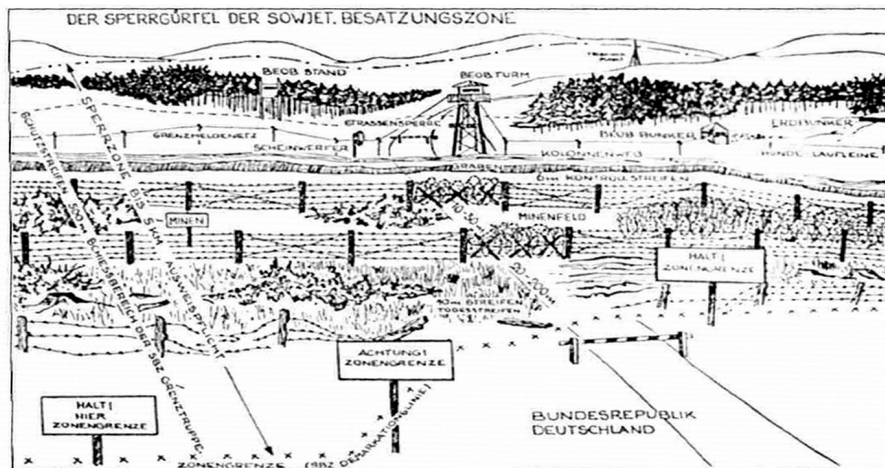


Abb. 4: Die innerdeutsche Grenze nach dem Ausbau 1962

Zwischen 1958 und dem Mauerbau 1961 spielte das Ministerium für Staatssicherheit (MfS)<sup>79</sup> eine zentrale Rolle bei der Bekämpfung der sog. Republikflucht.<sup>80</sup> Und am 11. August 1961 konstatierte Erich Mielke beim Befehlsempfang für seine Stasi-Offiziere: „Heute treten wir in einen neuen Abschnitt der tschekistischen“<sup>81</sup>

<sup>76</sup> HERMANN, Lexikon (wie An. 19) S. 279–286.

<sup>77</sup> Vgl. THURICH, Die Deutschlandpolitik (wie Anm. 74) S. 3–6; Bau der Berliner Mauer, in: ENGEHAUSEN, Meilensteine (wie Anm. 74) S. 419 f.

<sup>78</sup> Zitiert nach STEININGER, Der Mauerbau (wie Anm. 75) S. 93; LAPP, Die DDR (wie Anm. 40) S. 11–16, 28.

<sup>79</sup> Vgl. HERMANN, Lexikon (wie An. 19) S. 218–223.

<sup>80</sup> GIESECKE, Deutsche Demokratische Republik (wie Anm. 65) S. 225.

<sup>81</sup> Tschekistisch leitet sich von Tscheka ab, einer Abkürzung für die Außerordentliche Allrussische Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution, Spekulation und Sabotage, des ersten sowjetrussischen und dann sowjetischen Geheimdienstes, dessen Gründer Felix Dzierżyński war (vgl. „Felix Dserschinski, Gründer der Tscheka“, in Die Welt-Online, URL <https://www.welt.de/kultur/history/gallery111360840/Felix-Dserschinski-Gruender-der->

Arbeit ein. [...] In der jetzigen Periode wird sich erweisen, ob wir alles wissen und ob wir überall verankert sind. Jetzt müssen wir beweisen, ob wir die Politik der Partei verstehen und richtig durchzuführen in der Lage sind.“<sup>82</sup>

Diese Politik zielte zumal auf die Verhinderung von Republikflucht der eigenen Bevölkerung. Nachdem die Mauer in Berlin seit dem 13. August 1961 binnen kürzester Zeit aufgestellt worden war, obwohl die Propaganda verlautet hatte: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten“<sup>83</sup>, war die letzte Fluchtroute für die DDR-Gesellschaft zwar geschlossen, gleichwohl schien diese Maßnahme angesichts der Zahl der Flüchtlinge 1961 immer noch nicht zu genügen. Bis Dezember 1961 sind ca. 50.000 Menschen über die innerdeutsche Grenze geflüchtet und über 15.297 Personen wurden zugleich als „Staatsverbrecher“ wegen Kritik an der Politik oder wegen Flucht verhaftet.<sup>84</sup>

Eine ganze Reihe von Artikeln in den Regensburger Zeitungen handelt von Vorfällen in Berlin seit dem Jahr 1961, beispielsweise: „Ein Toter hier ist besser als ein Lebender drüben – zwei geflohene Zonengrenzpolizisten berichten über Schießbefehle“ (Mittelbayerische Zeitung 304/1961), „Zwei Jungen schwammen nach Westberlin. Die Grenzpolizisten merkten nichts“ (Mittelbayerische Zeitung 133/1962) oder „Die ‚blutende Grenze‘ an der Mauer 40 Zonenflüchtlinge erschossen“ (Tagesanzeiger. Regensburger Tagesanzeiger 135/1962).

Nur rar sind hingegen Berichte über die neuen Absperrungen an der innerdeutschen Grenze, der Zonengrenze, so beispielsweise ein Beitrag mit Bild als Beleg über den Bau einer Mauer im thüringischen Vacha (Mittelbayerische Zeitung 133/1962) oder die Information über „Flucht aus der Zonen mißglückt“ (Tagesanzeiger. Regensburger Tagesanzeiger 193/1962).

Die innerdeutsche Grenze stand nicht im Vordergrund der Berichterstattung, die auch in Regensburg offenkundig Berlin galt.

Die Empfehlung an die Regierung der DDR, den pioniertechnischen Ausbau der „Staatsgrenze West“ mit der Errichtung von Drahtsperrern, Minnefeldern, Signalvorrichtungen und Beobachtungstürmen zu verwirklichen, kam vom Oberkommando der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland. Das neue Grenzsicherungsmodell, am sowjetischen Vorbild einer effektiven Grenze erstellt, konnte auf der Gesamtlänge von 1378 km erst 1962 verwirklicht werden<sup>85</sup>, obwohl mit den Arbeiten im Dezember 1951 begonnen worden war.<sup>86</sup>

Zwischenfälle bei der Sicherung der Grenzlinie waren keine Seltenheit und wurden auf beiden Seiten propagandistisch instrumentalisiert.

Aus Kronach erging im August 1962 die Meldung, dass die Zonen-Grenzsoldaten

Tscheka.html [12.4.2022]; Nicolas WERTH, Sowjetunion 1917–1945, in: KAMIŃSKI (u.Xa.), Handbuch [wie Anm. 65] S. 15–41; Manfred HILDERMEIER, Die Sowjetunion 1917–1991, München 2001, S. 21, 43, 119).

<sup>82</sup> Zitiert nach STEININGER, Der Mauerbau (wie Anm. 75) S. 89.

<sup>83</sup> Worte von Walter Ulbricht für die Frankfurter Rundschau vom 15.7.1961 (vgl. Christoph KLEBMANN, Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Bonn 1988, S. 321).

<sup>84</sup> Jürgen Weber, Deutsche Geschichte 1945 bis 1990. Grundzüge, 2. Aufl., München 2003, S. 129.

<sup>85</sup> Robert LEBEGERN, Mauer, Zaun und Stacheldraht, Sperranlagen an der innerdeutschen Grenze 1945–1990, Weiden 2002 S. 37; KLEBMANN, Zwei Staaten (wie Anm. 83) S. 319–324; STÖVER, Der Kalte Krieg (wie Anm. 47) S. 129–138; LAPP, Die DDR (wie Anm. 40) S. 28.

<sup>86</sup> Vgl. Mitten in Deutschland (wie Anm. 45) S. 7–16.



Abb. 5: Todesgrenze betrachtet aus dem Westen

auf einen eigenen Kameraden geschossen haben, der offensichtlich fliehen wollte.<sup>87</sup> Im Westen ordnete man die Zwischenfälle an der innerdeutschen Grenze weiterhin im nationalen Duktus mit Stichworten wie „Kamerad“ oder „Deutscher“ ein (vgl. Abb. 5).

Als im August 1962 Rudi Arnstadt, Hauptmann der Grenztruppen der DDR, von Hans Plüschke, einem Angehörigen des westdeutschen Bundesgrenzschutzes getötet worden war, berichtete darüber die „Mittelbayerische Zeitung“ und es fiel sogar der Begriff „Staatsgrenze West“.<sup>88</sup> Arnstadt wurde in der DDR zum propagandistischen Beispiel für den westdeutschen aggressiven Militarismus; in seinem Fall überwog in der Propaganda der DDR mehr die systempolitische Gegnerschaft vor dem nationalen Pathos.<sup>89</sup>

Auf den Ausbau der Absperrungen an der innerdeutschen Grenze folgte erneut eine Vertreibung von Einwohnern und die Schleifung von Bauernhöfen im Sperrgebiet. Die Unterstellung der Grenztruppen der DDR dem Kommando der Natio-

<sup>87</sup> „Zonen-Grenzsoldat erschossen“, in: Mittelbayerische Zeitung vom 17. 8. 1962, S. 2; „Vopo erschöß eigenen Kammeraden“ (Tagesanzeiger. Regensburger Anzeiger vom 18./19. 8. 1962, S. 6).

<sup>88</sup> Mittelbayerische Zeitung vom 16. 8. 1962, S. 2.

<sup>89</sup> Zum Fall Arnstadt 1962 und Plüschke 1998 siehe Volker BAUSCH – Mira KEUNE, Point Alpha. Vom heißen Ort im Kalten Krieg zum Lernort der Geschichte, Geisa 2019, S. 48 f. Ferner ist empfehlenswert das Interview mit Wolfgang Christmann (URL <https://www.zeitzeugenportal.de/videos/0QRCgadAhl0> [11. 4. 1962]).

Bei dem Zwischenfall hat der Hauptmann der Grenztruppen der sowjetzonalen Volksarmee, Rudi Arnstadt, den Tod gefunden. Das Verteidigungsministerium der Sowjetzone gab am Mittwoch den Namen des Toten bekannt. Entgegen der Darstellung des Grenzschutzkommandos behauptete das Verteidigungsministerium in Ostberlin, die Streife des Bundesgrenzschutzes sei in provokatorischer Weise über die Zonengrenze gegangen.

Abb. 6: Ausschnitt aus der Mittelbayerischen Zeitung über den Tod von Rudi Arnstadt am 14. August 1962.

nalen Volksarmee war gleichfalls die Folge des veränderten Umgangs mit der Grenze, sodass von da an Wehrpflichtige zum Grenzschutz verpflichtet und der Gefahr ausgesetzt wurden, auf die eigene Landsleute schießen zu müssen.

Die „Republikflucht“ verschwand aus der Rechtsprechung. Misslungene Fluchtversuche wurden entweder als Staatsverbrechen „Terrorismus“ strafrechtlich interpretiert<sup>90</sup>, oder ab 1967/68 als ein „ungesetzlicher Grenzübertritt“, verankert im Staatsbürgerschaftsgesetz bzw. Strafgesetzbuch.<sup>91</sup> Man konnte von da an das ungenehmigte Verlassen der Republik gleich nach zwei Paragraphen, als „staatsfeindlicher Menschenhandel“ (§ 105)<sup>92</sup> oder als „ungesetzlicher Grenzübertritt“ (§ 213) aburteilen lassen.<sup>93</sup> Und die Propaganda aus dem Osten zugunsten solcher Maßnahmen als eines Schutzes vor den angeblichen „Faschisten“ im Westen wurde gezielt in Westdeutschland verbreitet: Ein Jahr nach dem massiven Ausbau der Grenze, 1963, wurden 27.000 sowjetzonale Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren und Handschriften alleine an der bayerischen Grenze zur DDR konfisziert.<sup>94</sup> Denn man war bemüht, die Propaganda aus dem Osten einzudämmen.

Die geschlossene, mit Minen gesicherte Grenze des Arbeiter- und Bauernstaates wurde als bloße „Sicherung der Staatsgrenze der DDR“ und folglich eine „notwendige Antwort auf die unmittelbare militärische Bedrohung durch die BRD und ihre Verbündeten“<sup>95</sup> dauerhaft artikuliert und fand so Eingang in die Erinnerung.

#### Fazit

Wie wurde die innerdeutsche Grenze in Vergangenheit verhandelt, national, transnational, politisch-ideologisch oder noch anders, war die Eingangsfrage.

<sup>90</sup> Peter Ch. LUDZ – Johannes KUPPE, DDR Handbuch, Köln <sup>2</sup>1979, S. 908 f.; WERKENTIN, Recht (wie Anm. 27) S. 43f.

<sup>91</sup> FRICKE, Politik (wie Anm. 27) S. 417 f.; WERKENTIN, Recht (wie Anm. 27) S. 54 f.

<sup>92</sup> Vgl. HERMANN, Lexikon (wie An. 19) S. 211.

<sup>93</sup> Peter BOROWSKY, Die DDR in den sechziger Jahren, in: Informationen zur politischen Bildung 258 (1998), S. 22–31, hier S. 25.

<sup>94</sup> StAR/Stadtpolizei 396: ÖTV-Die Bayerische Polizei Nr. 12/1964, S. 187 f.

<sup>95</sup> Vgl. EISENHARDT, Deutsche Rechtsgeschichte (wie Anm. 24) S. 489.



In den 1950er Jahren überwogen nationale Bezüge und Argumentationen in der Berichterstattung. Dieser Charakter beim Blick auf die Grenzen hielt in der Bundesrepublik Deutschland länger an. In der DDR veränderten sich die Zuschreibungen, mit denen die Grenze verhandelt wurde, in politisch-ideologische Argumentation. Eine auf beiden Seiten feststellbare Wahrnehmung war, dass an dieser Grenze gestorben werden konnte und wurde.

Was hingegen fehlt, ist die transnationale Zuschreibung – die Perspektive auf die Grenze als „Eiserner Vorhang“. Sie spielt eine geringe Rolle in der inhaltlichen Füllung des Begriffes „Innerdeutsche Grenze“. Dabei war sie ein Hindernis für zahlreiche Osteuropäerinnen und Osteuropäer<sup>96</sup>, die den Ostblock auf die gleiche Weise wie viele Bürgerinnen und Bürger der DDR zu verlassen versuchten, um in die Freiheit zu gelangen.

Rekurriert man auf das Konzept der kulturellen Erinnerung ist die Sperrung der innerdeutschen Grenze im Mai 1952 eine historische Tatsache, ein Ereignis und ein Prozess zugleich, und die Sperrung währte bis 1989. In den 2000er Jahren war die „Innerdeutsche Grenze“ im erneut vereinigten Deutschland ein Element der politischen Polemik über die Verantwortung für die Toten an der Grenze, damals gerichtet insbesondere an die Adresse der PDS, des Vorgängers der heutigen Linken.<sup>97</sup> Indes scheinen diese Diskussionen abgeklungen zu sein.

Im Bereich der Begriffe ist längst Veränderung eingetreten: „Zone“ war ohne Zweifel ein breiter Begriff mit Synonymen wie „Ostzone“ und „Sowjetzone“, verwendet von der Presse und den Medien.<sup>98</sup> Heute ist er für viele Menschen nicht mehr eindeutig verständlich. „Flüchtling“ oder „Zonenflüchtling“<sup>99</sup> ist ein mehrfach belegter Begriff in der Geschichte und Gegenwart der Deutschen, in dem sich die Jahre 1944/45 genauso wie beispielsweise das Jahr 1956 mit den Ungarn-Flüchtlingen oder das Jahr 1972 mit den sog. Bootsflüchtlingen (Vietnamflüchtlingen) widerspiegeln; und der relativ neue Terminus „Geflüchtete/r“ ergänzt diese Fülle. Die innerdeutsche Grenze wurde bereits im Bayern der 1980er Jahre als Binnengrenze deklariert, wie oben dargelegt, heute bedeutet innerdeutsche Grenzen eine Trennung zwischen den Bundesländern. Ist es folglich etwa ohnehin sinnvoll, die ehemalige Demarkationslinie als Terminus „Innerdeutsche Grenze“ groß zu schreiben. Denn mit dem Begriffswandel ging bisher keine historiographische Reflexion einher im Sinne eines nachprüfbaren Verhältnisses zwischen dem „Erfahrungsgehalt“ und dem „Erwartungsraum“ – Begriffe dienen ja nicht nur dazu, Vorgegebenes entsprechend zu erfassen, sondern in die Zukunft auszugreifen.<sup>100</sup>

<sup>96</sup> Ein Forschungsvorhaben zu Fluchtversuchen polnischer Staatsbürgerinnen und -bürger über die innerdeutsche Grenze führt der Autor durch. Die Grundlage und Beleg der hier gemachten Aussagen stellen u.a. die im Folgenden genannten Archivalien dar: Bundesarchiv/ BStU-MfS Abt. X 2553 sowie Institut des Nationalen Gedenkens (IPN): IPNka 035/159, IPNWr 043/312 Bd. 3–5.

<sup>97</sup> STEININGER, Der Mauerbau (wie Anm. 75) S. 97–99.

<sup>98</sup> Vgl. HERMANN, Lexikon (wie An. 19) S. 304 f.

<sup>99</sup> „Ostzonenzuwanderer“ wurden in der Regensburger Verwaltung unter dem Stichwort „Flüchtlingswesen“ geführt (vgl. StAR/ZR III/1482/1: Flüchtlingswesen vom 2. 5. 1952).

<sup>100</sup> Vgl. Reinhard KOSELLECK, *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*. Frankfurt 1995, S. 113–115, 349–375; Reinhard KOSELLECK, *Begriffsgeschichte und Sozialgeschichte*, in: Bettina HITZER – Thomas WELSKOPP (Hg.), *Die Bielefelder Sozialgeschichte. Klassische Texte zu einem geschichtswissenschaftlichen Programm und seine Kontroversen*. Bielefeld 2010, S. 279–296, hier S. 283 f.

Die Erinnerung an die „Innerdeutsche Grenze“ ist nur so lange kollektiv, wie sie im kulturellen Bewusstsein verankert bleibt, unmittelbar oder auch mittelbar zum Beispiel über den „Tag der deutschen Einheit“ oder eine weitere Konnotation mit einer entsprechenden Zuschreibung. Die Erinnerung an die Todesgrenze wurde über Jahre in Ost- und Westdeutschland anders geformt, da sie jeweils anders kommuniziert und assoziiert war. Spätestens seit 1990 ist diese Grenze von der Propaganda weitgehend befreit – abstrahiert man die Versuche der einstigen PDS. Ihre semantischen Inhalte haben inzwischen sogar eine Erweiterung erfahren, die zur Konkurrenz der Narrative führt: Das Grüne Band<sup>101</sup> als Lebenslinie der Natur, initiiert in Bayern 1989, ist zugleich der Todesstreifen in der Vergangenheit. Die Inhalte unterliegen einer fortlaufenden Metamorphose – die „Innerdeutsche Grenze“ lebt als ein Erinnerungsort.

*Bildnachweis:*

- Abb. 1 Tages-Anzeiger. Regensburger Anzeiger vom 28./29. Juni 1952, S. 1.
- Abb. 2 Bayerns Landesgrenze zur DDR, München 1985 (Flyer der Bayerischen Staatskanzlei)
- Abb. 3 Mittelbayerische Zeitung vom 5.6.1952, S. 4.
- Abb. 4 Ingolf Hermann (u.a.), Lexikon der innerdeutschen Grenze. Das Grenzsicherungssystem, die Folgen und der zeitgeschichtliche Rahmen der innerdeutschen Grenze und der Berliner Mauer in Stichworten, [Zella-Mehlis] 2020, S. 146.
- Abb. 5 Mitten in Deutschland – Mitten im 20. Jahrhundert. Die Zonengrenze, Bonn/Berlin 81964, S. 34 (Veröffentlichung des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen).
- Abb. 6 Mittelbayerische Zeitung vom 16.8.1962, S. 2.

<sup>101</sup> Der 9. Dezember 1989 gilt als Geburtsstunde des Grünen Bandes. Damals verabschiedeten Natur- und Umweltschützer aus Ost- und Westdeutschland eine erste Resolution für die Schutzidee „Grünes Band“. Mehr dazu ist auf der Homepage des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. zu finden (URL: <https://www.bund.net/gruenes-band/> [7.4.2022]).